



Vor rund 200 Zuhörern sprach am Samstag Kanzleramtsminister Roland Pofalla bei einer Wahlkampfveranstaltung im Congress Park. Foto: pako

# Merkels „Ersatzmann“ weniger zugkräftig

## Kanzleramtsminister macht Wahlkampf im Congress Park

**Hanau** (did) ■ Es sollte für die CDU Main-Kinzig der Höhepunkt ihres Kommunalwahlkampfes sein: Der Auftritt von Bundeskanzlerin Angela Merkel an der Seite von Ministerpräsident Volker Bouffier sowie den Spitzenkandidaten Günter Frenz, der am 27. März für das Amt des Landrats kandidiert, und Dieter Hog, der mit der Union wieder stärkste Kraft in der Stadtverordnetenversammlung werden will. Doch die Weltgeschichte machte den Parteistrategen einen Strich durch die Rechnung. Kurzfristig musste die Kanzlerin ihre für Samstag geplanten Wahlkampfauftritte in Hanau und Frankfurt absagen, um am „Libyen-Krisengipfel“ in Paris teilzunehmen. Per SMS ließ die Kanzlerin Grüße an die Besucher in Hanau ausrichten, deren Zahl überschaubar war.

Denn der als Merkels „Ersatzmann“ aus Berlin entsandte Kanzleramtsminister Ronald Pofalla erwies sich als weniger „publikumsträftig“. Nur rund 200 Zuhörer, davon

ein Großteil aus den eigenen Parteireihen, kamen am Samstag in den Congress Park. Vor der eine handvoll Atomkraftgegner forderten die Abschaltung aller Kernkraftwerke; im Saal war es eine einzige Linke, die mit ihrem Wahlkampfplakat allerdings rasch das Feld räumte.



Zwischen einer Gedenkminute am 66. Jahrestag der Zerstörung Hanaus und dem Absingen des Deutschlandliedes

zum Schluss der Wahlkampfveranstaltung spannte sich in den Reden von Kanzleramtsminister Pofalla, Ministerpräsident Bouffier sowie den lokalen Spitzenkandidaten ein weiter inhaltlicher Bogen von den Ereignissen in Japan und den Konsequenzen in der Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung über leidenschaftliche Plädoyers für „Schuldenbremse“, die am kommenden Sonntag per Volksentscheid in die Landes-

verfassung aufgenommen werden soll, bis hin zum Schulbauprogramm des Main-Kinzig-Kreises.

In Sachen Atompolitik verteidigte Pofalla das Vorgehen der Bundesregierung. Die Ereignisse in Japan bedeuteten eine „fundamentale Zäsur“. Das dreimonatige Moratorium für die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke werde nun genutzt, die Anlagen auf ihre Sicherheit zu überprüfen. Dabei ließ Pofalla aber auch keinen Zweifel daran, dass die CDU die Nutzung der Kernenergie unter der obersten Prämisse der Sicherheit weiterhin als verantwortlich vertretbar und als „Brückentechnologie“ für notwendig halte. Die Grünen forderte Pofalla auf, nicht zu einer „Dagegen-Partei“ zu degenerieren. Wer erneuerbare Energien fordere, müsse auch bereit sein, den dafür notwendigen Netzausbau mitzutragen, um zum Beispiel die Windenergie aus den Off-Shore-Anlage vor der Küste in die industriellen Ballungsräume zu transportieren.